

Samstag, 17. April 2010
lokales

Therapie vor der Diagnose?

"Verkehrskonzept Süderelbe" Feste Fronten im Bürgerhaus Wilhelmsburg

Von Florian Kleist

Wilhelmsburg. "Vor die Therapie gehört die Diagnose. Das lernt man im ersten Semester des Medizin-Studiums." Manuel Humburg ist Hausarzt und hat seine Praxis nicht weit entfernt vom Bürgerhaus Wilhelmsburg. Im großen Saal des Veranstaltungszentrums hat er das Wort ergriffen und seine mit einem medizinischen Vergleich ausgeschmückte Kritik richtet sich vor allem an die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU): "Es soll ein Verkehrskonzept erstellt werden, während die wichtigen Trassen schon vorgegeben sind. So läuft das nicht."

Nur ein Punkt stand auf der Tagesordnung der Sondersitzung des Ortsausschusses Wilhelmsburg/Veddel: das "Verkehrskonzept Süderelbe". Die BSU hatte zwei Gutachterbüros - TCI und PTV - aus Süddeutschland damit beauftragt, ein derartiges Konzept zu erstellen. Dies war, wie berichtet, eine der Forderungen, die aus dem sechsmonatigen Beteiligungsverfahren hervorgegangen war: In diesem hatten sich Vertreter aus Initiativen, Unternehmen, Verwaltung und Politik in neun Sitzungen mit Themen wie der Hafenspannung und der Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße (siehe unten) auseinandergesetzt.

Schon das Wort "Beteiligungsverfahren" sorgte für Zündstoff in dem vollbesetzten Saal. "Das war ein Witz!", so ein Zwischenrufer. Und ein Bürger meldete sich zu Wort: "Das war kein Beteiligungsverfahren, das war eine Werbeveranstaltung für mehr Autobahnen durch Wilhelmsburg." Die meiste Reibung entstand an dieser Kernfrage, die der Ausschussvorsitzende Metin Hakverdi so zusammenfasste: "Inwieweit gehören die Verlegung der Reichsstraße und die Südvariante der Hafenspannung eigentlich zu den vorgegebenen Rahmenbedingungen?" Klaus Franke von der BSU sagte, dass weder das Ergebnis des Konzeptes, das bis Ende 2010 fertiggestellt sein soll, noch eine erneute Bürgerbeteiligung zumindest die neue Lage der B75/4 verändern wird: "Die Verlegung der Reichsstraße ist gesetzt." Allerdings betonte Norbert Hogreve, Leiter der Abteilung Verkehrsentwicklung bei der BSU, dass Voraussetzung hierfür ein ausreichender Lärmschutz ist: "Wenn der nicht kommt, kommt auch keine Verlegung der Reichsstraße." Auf die Bitte eines Bürgers "nach justiziablen Aussagen zum Lärmschutz", die später eingeklagt werden könnten, sagte Hogreve nur, "dass jeder Lärmschutz, der für eine solche Maßnahme erforderlich ist, auch umgesetzt wird". Im Klartext heißt dies - wenig überraschend: Die Planer wollen sich an bestehende Gesetze und Verordnungen halten.